

Frau Bundespräsidentin  
Simonetta Sommaruga  
Eidgenössisches Departement für Umwelt,  
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK  
3003 Bern

per E-Mail an: [sekretariat.referenten@gs-uvek.admin.ch](mailto:sekretariat.referenten@gs-uvek.admin.ch)

Zürich, 22. September 2020

### **Stellungnahme zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbots von PostFinance)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die VAV dankt für die Einladung, im Rahmen der Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Teilrevision des Postorganisationsgesetzes Stellung zu nehmen. In unserer Eingabe beschränken wir uns auf grundsätzliche Bemerkungen. Im Übrigen verweisen wir auf die ausführliche Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung, die wir mittragen.

Auslöser der Vorlage ist die Grundsatzfrage, wie die Post ihren Grundversorgungsauftrag inskünftig finanzieren soll. Das Problem ist, dass die Post einen Universaldienst anbieten muss, der immer weniger rentiert. Früher gelang es darüber hinaus, diesen Dienst über die Gewinne der PostFinance spürbar mitzufinanzieren. In Zeiten von Negativzinsen schwindet diese Unterstützung jedoch stetig. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, will der Bundesrat daher der PostFinance den Zugang zum Hypothekar- und Kreditmarkt ermöglichen.

Die VAV lehnt die vorgeschlagene Anpassung des Postorganisationsgesetzes aus ordnungspolitischen Überlegungen klar ab. Die Finanzierung des Grundauftrags der Post darf nicht durch staatliches Eingreifen in einen privaten Markt quersubventioniert werden. Nur unter der Voraussetzung einer vollständig privatisierten PostFinance wäre eine Aufhebung des Kredit- und Hypothekarverbots von PostFinance vertretbar.

Auch aus Gründen der Finanzmarktstabilität ist der Eintritt eines neuen staatlichen Akteurs abzulehnen. So ist auf dem Kredit- und Hypothekarmarkt kein Marktversagen feststellbar. Gleichzeitig mahnen die SNB und die FINMA immer wieder, dass der Schweizer Hypothekarmarkt schon heute teilweise überhitzt sei und sehr hohe Risiken aufweise. Daher zielen verschiedene staatliche Massnahmen darauf ab, die Hypothekarverschuldung in der Schweiz insgesamt in Grenzen zu halten bzw. zu reduzieren. Der Eintritt von PostFinance würde diesen Anstrengungen diametral

entgegenlaufen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich PostFinance in einem gesättigten Markt nur mit einer sehr aggressiven Preispolitik etablieren könnte.

Der Eintritt von Postfinance in den Hypothekar- und Kreditmarkt würde schliesslich zu einer nicht hinnehmbaren Wettbewerbsverzerrung führen. Der Staat hat sich wettbewerbsneutral zu verhalten. Konkret besteht die Wettbewerbsverzerrung darin, dass sich PostFinance einerseits aufgrund der fehlenden Abgeltung für die implizite Staatsgarantie und andererseits durch die nicht kostendeckende Nutzung der vorhandenen Vertriebskanäle der Post Vorteile verschaffen würde. Dies würde der Postfinance ermöglichen, schweizweit Kredite und Hypotheken mit einer aggressiven Preisgestaltung anzubieten.

Für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Ausführungen möchten wir uns im Voraus bedanken.

Freundliche Grüsse

Dr. Pascal Gentinetta



Geschäftsführer

Simon Binder



Public Policy Director